

## Leserbrief

Der von Frau Plass verfaßte Leserbrief zu den Urteilen der im Juristenjargon als „Prozesse Worms I und Worms III“ genannten Verfahren vor dem Landesgericht Mainz läßt beim unbedarften Leser den Schluß zu, daß es sich bei der Verfasserin um die in der Presse oftmals zitierte „Zeugin Ute P.“ handelt. Wenn dem so wäre, sollte Frau Plass sich als „Prozeßbeteiligte“ mit öffentlichen Anschuldigungen gegen Richter und Sachverständige zurückhalten. Ist sie nicht die „Zeugin Ute P.“ sollte sie sich weder in der strafprozessualen, noch der psychologischen Seite derart aus dem Fenster lehnen. In diesen mit Sicherheit mit großer Sorgfalt geführten Verfahren kam eins zu tage:

Niemand wollte etwas Falsches. Alle, Kinderschützer, Staatsanwaltschaft und Gutachter waren bemüht, die Wahrheit zu finden. Doch am Ende standen alle vor dem größten Scherbenhaufen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsarbeit der deutschen Nachkriegsgeschichte: Eine Katastrophe sowohl für die Kinder, als auch für die Angeklagten, die - und das ergab „Worms III“ in aller Deutlichkeit - wegen „erheblicher Zweifel an deren Schuld“ freizusprechen waren. Und gab es in „Worms I“ noch Zweifel an der Unschuld der Angeklagten, so waren diese

dennoch freizusprechen, denn in einem Rechtsstaat gilt immer noch der Lehrsatz: „Im Zweifel für den Angeklagten!“

Doch wie konnte es zu diesem Prozeß mit all seinen Fehlern kommen? Richter Lorenz hat recht, wenn er bemängelt, daß die Staatsanwaltschaft die Aufgabe „Straftaten aufzuklären, der Organisation Wildwasser überlassen“ hat. Wildwasser selbst muß sich fragen lassen, ob sie bei der Auswahl und Führung ihrer Mitarbeiter ausreichende Sorgfalt walten ließ und ob ihre „Ermittlungsmethoden“ denn auch gerichtsverwertbar sind. Mit „Zeugin Ute P.“ hat Wildwasser sicherlich einen „personellen“ Fehlgriff getan. Sie ist Dreh- und Angelpunkt und somit Schlüsselfigur dieses Prozesses. Ohne ihre „Ermittlungsmethoden“ und ihren selbstaufgelegten Ermittlungszwang wäre dieser Prozeß mit hoher Wahrscheinlichkeit anders gelaufen. Gerade Kinderschutz und damit verbunden kriminalistische und juristische Ermittlungstätigkeit im Falle des sexuellen Mißbrauchs von Kindern darf nicht emotional und mit missionarischem Eifer betrieben werden. Deshalb sollten Kinderschutzorganisationen und deren Mitarbeiter sich aus der Ermittlungstätigkeit heraushalten.

Jürgen Schröder  
(Worms)